

Too many to fail!

Die Vorgaben des Bundesrates sind ohne Wenn und Aber einzuhalten: Abstand halten, Hände waschen, Gruppen vermeiden. Das gilt auch im Arbeitsalltag und auf dem Arbeitsweg. In der Realität drücken sich unzählige Arbeitgeber um diese Vorschriften: Im Verkauf, auf Baustellen, in der Produktion, in Firmenbussen. Jetzt sind die Behörden gefordert. Sie müssen den Vollzug der Massnahmen unverzüglich garantieren. Wo die Vorgaben nicht umgesetzt werden, muss die Arbeit eingestellt werden. Gleichzeitig müssen sie die Löhne aller Arbeitnehmenden sichern, damit sie nicht in finanzielle Not geraten.

Gemeinsame Anreise in vollen Firmenbussen, Kopf an Kopf arbeiten in der Industrie, dicht gedrängt im Uhrenatelier, bedrängt von rücksichtlosen Hamsterkäufern, Pause in engen Baracken oder zu kleinen Räumen, keine Möglichkeiten zum Händewaschen, verdreckte Toiletten: So sieht heute die Arbeitsrealität von Hunderttausenden von Arbeitnehmenden aus. Vom geforderten „Ruck durch das Land“ ist nichts zu spüren. Bundes- und Kantonsbehörden schweigen und schauen untätig zu.

Wo Schutzvorgaben nicht erfüllt werden, muss die Arbeit eingestellt werden

„Die Vorgaben des Bundesrates gelten für alle alle. Wenn sie nicht eingehalten werden können, dann muss die Arbeit unverzüglich eingestellt und Kurzarbeit angemeldet werden“, fordert Unia-Präsidentin Vania Alleva. „Es ist unverständlich, warum die Kantone und der Bund ihre Verantwortung nicht wahrnehmen“, so Alleva. Tausende von Arbeitnehmenden haben am Dienstag bei der Gewerkschaft Unia per Telefon oder Mail schwere Verstösse gegen die BAG-Vorgaben gemeldet. Auf den meisten Baustellen und in vielen Industrien müsste die Arbeit längst drastisch heruntergefahren oder eingestellt sein, weil die Schutzbestimmungen nicht eingehalten werden. Viele Unternehmen stecken aber lieber den Kopf in den Sand. Nur ja keine Umsatzeinbussen riskieren, scheint ihr Credo zu sein.

Angestellte in Betrieben des Grundbedarfs müssen dringend geschützt werden

Besonders betroffen sind die Angestellten in den Betrieben, die unseren Grundbedarf sicherstellen. Gerade hier ist die rigorose Durchsetzung des Gesundheitsschutzes entscheidend. Verkäuferinnen, die in übervollen Läden von Kunden angerempelt werden, fehlende Schutzmassnahmen an den Kassen, Pflegeangestellte mit überlangen Arbeitstagen – sie sind nicht nur einem immensen Stress ausgesetzt, sondern tragen auch aus Sicht der Pandemiebekämpfung inakzeptable Risiken. Gerade sie müssten sicher arbeiten können. Und nicht morgen wegen Überlastung zusammenbrechen. Ein paar Handschuhe reichen da nicht. Die Arbeitgeber müssen das Personal und ihre Vertreter jetzt sofort in die Planung der Schutzmassnahmen und der Arbeitsprozesse einbeziehen.

Landesregierung muss alle Löhne sichern: heute noch!

Die Gesundheitsvorschriften werden erst flächendeckend greifen, wenn endlich die Löhne aller Arbeitnehmenden sichergestellt werden. Ausser billigen Absichtserklärungen hat der Bundesrat hierzu noch nichts geliefert. Bundesrat Parmelin muss nun sofort handeln: Alle Unternehmen müssen Kurzarbeit anmelden und sofort beziehen können, wenn sie die Arbeit einstellen müssen. Ein Schwarzpeter-Spiel zwischen Bund, Kantonen und Arbeitgebern auf dem Buckel der Beschäftigten können wir uns wirklich nicht leisten. Die Folgen werden die gesamte Bevölkerung treffen.

Damen und Herren Bundesräte, Herr Parmelin: nehmen Sie ihre Verantwortung wahr und machen Sie heute noch Nägel mit Köpfen! Denn wir sind „too many to fail“!

Wo Schutzvorgaben nicht erfüllt werden, muss die Arbeit eingestellt werden

Unia Schweiz, 18.3.2020.

Unia Schweiz > Coronsvirus. Unia Schweiz, 2020-03-18